

„Betreuungsvereine verdienen mehr“

AWO-Kreisverband Nienburg und Betreuungsverein Nienburg im Dialog



Der Vorstand des AWO-Kreisverbandes mit dem Vorsitzenden Grant Hendrik Tonne (rechts) sowie Carola Friedrichs-Heise. Geschäftsführung AWO-Kreisverband Nienburg (Zweite von rechts).

AWO-Kreisverband

AWO wie Betreuungsvereine seien sich einig, dass es keinesfalls ein Abwarten bis 2018 oder noch später geben dürfe. Auch die Arbeitsbedingungen der Berufsbetreuer, die mittlerweile häufig weit über 50 Betreuungen führen müssten, empfand die AWO als nicht zumutbar. Unter diesen Bedingungen können Berufsbetreuer nicht vernünftig arbeiten und es leidet der gewünschte direkte Kontakt zu den zu Betreuenden.

Eine weitere Idee zur Verbesserung der Arbeit und der Unterstützung der Betreuungsvereine besteht in der Vereinheitlichung der Ansprechpartner. Derzeit hätten die ehrenamtlichen Betreuer und die Berufsbetreuer unterschiedliche Ansprechpartner in den Ministerien, so sei für die einen das Sozialministerium und für die anderen das Justizministerium zuständig. „Ich werde die Anregung auf die Landesebene mitnehmen und prüfen lassen, ob hier eine Vereinheitlichung möglich ist und Sinn macht“, sagte Tonne zu „AWO und Betreuungsverein Nienburg haben sich für die Zukunft eine deutlich engere Zusammenarbeit vorgenommen“, heißt es abschließend. DH

Friedrichs-Heise wies aber auch auf ein großes finanzielles Dilemma hin: Zum einen werden die Betreuungen immer komplexer und zeitaufwendiger und zum anderen werden einfache Betreuungen in die Ehrenamtlichkeit abgegeben. „Damit ist die durchschnittliche

Vergütung pro Betreuungsfall nicht mehr angemessen, um vernünftige Gehälter zu zahlen. Die Betreuungsvereine brauchen eine sofortige Erhöhung der Stundensätze für beruflich geführte rechtliche Betreuung“, forderte Friedrichs-Heise.

Der Kreisvorsitzende der AWO und zugleich SPD-Landtagsabgeordnete Grant Hendrik Tonne konnte den aktuellen Sachstand von der Bundesebene darstellen. So habe das Bundesministerium der Justiz das Institut für Sozialforschung beauf-

tragt, die Arbeit der Betreuungsvereine zu durchleuchten und Änderungsbedarf zu benennen. „Aufgrund der schwierigen Situation der Betreuungsvereine hat der Bund richtigerweise die Ergebnisse der Studie bezogen auf die Betreuervergü-

tung deutlich vorgezogen, sie sollen im November vorliegen. Ich gehe davon aus, dass der Bund die Zeitkontingente anpassen wird, da die Mischfinanzierung für die Betreuungsvereine so nicht mehr stimmt“, so Tonne.

AWO wie Betreuungsvereine seien sich einig, dass es keinesfalls ein Abwarten bis 2018 oder noch später geben dürfe. Auch die Arbeitsbedingungen der Berufsbetreuer, die mittlerweile häufig weit über 50 Betreuungen führen müssten, empfand die AWO als nicht zumutbar. Unter diesen Bedingungen können Berufsbetreuer nicht vernünftig arbeiten und es leidet der gewünschte direkte Kontakt zu den zu Betreuenden.

Eine weitere Idee zur Verbesserung der Arbeit und der Unterstützung der Betreuungsvereine besteht in der Vereinheitlichung der Ansprechpartner. Derzeit hätten die ehrenamtlichen Betreuer und die Berufsbetreuer unterschiedliche Ansprechpartner in den Ministerien, so sei für die einen das Sozialministerium und für die anderen das Justizministerium zuständig. „Ich werde die Anregung auf die Landesebene mitnehmen und prüfen lassen, ob hier eine Vereinheitlichung möglich ist und Sinn macht“, sagte Tonne zu „AWO und Betreuungsverein Nienburg haben sich für die Zukunft eine deutlich engere Zusammenarbeit vorgenommen“, heißt es abschließend. DH

Landkreis. Anlässlich der landesweiten Kampagne der Betreuungsvereine unter dem Motto „Betreuungsvereine verdienen mehr“ haben sich der AWO-Kreisverband Nienburg und der Betreuungsverein Nienburg zu einem gegenseitigen Informationsaustausch getroffen, teilt die AWO mit. Mit Carola Friedrichs-Heise vom Betreuungsverein Nienburg stelle der AWO die Arbeit des Betreuungsvereins Nienburg vor und wies darauf hin, dass der Betreuungsverein mit fachlich qualifizierten Mitarbeitern rechtliche Betreuung für Menschen, die aufgrund ihrer Lebenssituation und ihrer komplexen Problemlagen eine rechtliche Vertretung benötigen, übernimmt. Ferner würden ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer in ihrer Arbeit unterstützt und es finden viele Beratungen, wie zum Beispiel zu Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen, statt.

Friedrichs-Heise wies aber auch auf ein großes finanzielles Dilemma hin: Zum einen werden die Betreuungen immer komplexer und zeitaufwendiger und zum anderen werden einfache Betreuungen in die Ehrenamtlichkeit abgegeben. „Damit ist die durchschnittliche

Vergütung pro Betreuungsfall nicht mehr angemessen, um vernünftige Gehälter zu zahlen. Die Betreuungsvereine brauchen eine sofortige Erhöhung der Stundensätze für beruflich geführte rechtliche Betreuung“, forderte Friedrichs-Heise.

Der Kreisvorsitzende der AWO und zugleich SPD-Landtagsabgeordnete Grant Hendrik Tonne konnte den aktuellen Sachstand von der Bundesebene darstellen. So habe das Bundesministerium der Justiz das Institut für Sozialforschung beauf-

tragt, die Arbeit der Betreuungsvereine zu durchleuchten und Änderungsbedarf zu benennen. „Aufgrund der schwierigen Situation der Betreuungsvereine hat der Bund richtigerweise die Ergebnisse der Studie bezogen auf die Betreuervergü-

tung deutlich vorgezogen, sie sollen im November vorliegen. Ich gehe davon aus, dass der Bund die Zeitkontingente anpassen wird, da die Mischfinanzierung für die Betreuungsvereine so nicht mehr stimmt“, so Tonne.

AWO wie Betreuungsvereine seien sich einig, dass es keinesfalls ein Abwarten bis 2018 oder noch später geben dürfe. Auch die Arbeitsbedingungen der Berufsbetreuer, die mittlerweile häufig weit über 50 Betreuungen führen müssten, empfand die AWO als nicht zumutbar. Unter diesen Bedingungen können Berufsbetreuer nicht vernünftig arbeiten und es leidet der gewünschte direkte Kontakt zu den zu Betreuenden.

Eine weitere Idee zur Verbesserung der Arbeit und der Unterstützung der Betreuungsvereine besteht in der Vereinheitlichung der Ansprechpartner. Derzeit hätten die ehrenamtlichen Betreuer und die Berufsbetreuer unterschiedliche Ansprechpartner in den Ministerien, so sei für die einen das Sozialministerium und für die anderen das Justizministerium zuständig. „Ich werde die Anregung auf die Landesebene mitnehmen und prüfen lassen, ob hier eine Vereinheitlichung möglich ist und Sinn macht“, sagte Tonne zu „AWO und Betreuungsverein Nienburg haben sich für die Zukunft eine deutlich engere Zusammenarbeit vorgenommen“, heißt es abschließend. DH